



EUROPÄISCHE
NACHBARSCHAFTSPOLITIK:
POLITISCHE THEMEN

GEMEINSAME
INTERESSEN UND
WERTE

Europäische Nachbarschaftspolitik

ec.europa.eu/world/enp

Europäische Kommission
Generaldirektion
Auswärtige Beziehungen
B – 1049 Brüssel
enp-info@ec.europa.eu

NF-30-08-052-DE-D

Bewältigung der Migration in der Ukraine

Die Ukraine grenzt im Osten über eine Länge von 500 Kilometern an die EU und außerdem an drei Nicht-EU-Länder, darunter über 1 500 km an die Russische Föderation. Dadurch wird sie zum idealen Durchgangsland für die illegale Einwanderung in die EU – mehr als 30 000 nicht registrierte Einwanderer versuchten 2007 in das Land einzureisen –, was für die Ressourcen des Landes eine erhebliche Belastung darstellt.

Das ukrainische Innenministerium und andere Behörden arbeiten mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) an einem EU-unterstützten Programm zur besseren Lenkung der Migrationsströme.

Mit dem Programm werden verschiedene Aktivitäten unterstützt, die von Infrastrukturmaßnahmen bis zu Ausbildung und Forschung reichen, damit die Ukraine ein umfassendes System zur Bewältigung der Migration entwickeln kann.

Neue Möglichkeiten bei der Grenzkontrolle

Im Rahmen des Programms werden auch Weiterbildungsmaßnahmen für den Grenzschutz und Einwanderungsbehörden angeboten. Der staatliche Grenzschutz arbeitet mit seinen ungarischen und polnischen Partneereinrichtungen in Bereichen wie Einstellung, Aus- und Weiterbildung von Personal sowie Verbesserung der gesetzlichen Vorschriften zusammen.

„Mit diesen Projekten wurde die Grundlage für ein modernes Personalmanagement geschaffen“, äußert Jeffrey Labovitz von der internationalen Beobachtungsstelle für Migration. „Die IOM begrüßt die ukrainischen Reformbemühungen zur Anpassung an EU-Standards. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass unsere Hilfe auf grundlegenden Veränderungen aufbaut, um die sich der Grenzschutz bemüht.“

„Dies ist eines der ersten Programme, wo mehr getan wird, als nur Ausrüstungen zu liefern“, bemerkt Oleksandr Panchenko vom staatlichen Grenzschutz. „Wir nutzen die von den EU-Experten erstellten Berichte, um unsere eigenen Möglichkeiten zu verbessern. Unsere Strategie zielt auf eine vollständige Anpassung unserer Standards an die EU-Normen bis 2015 ab.“

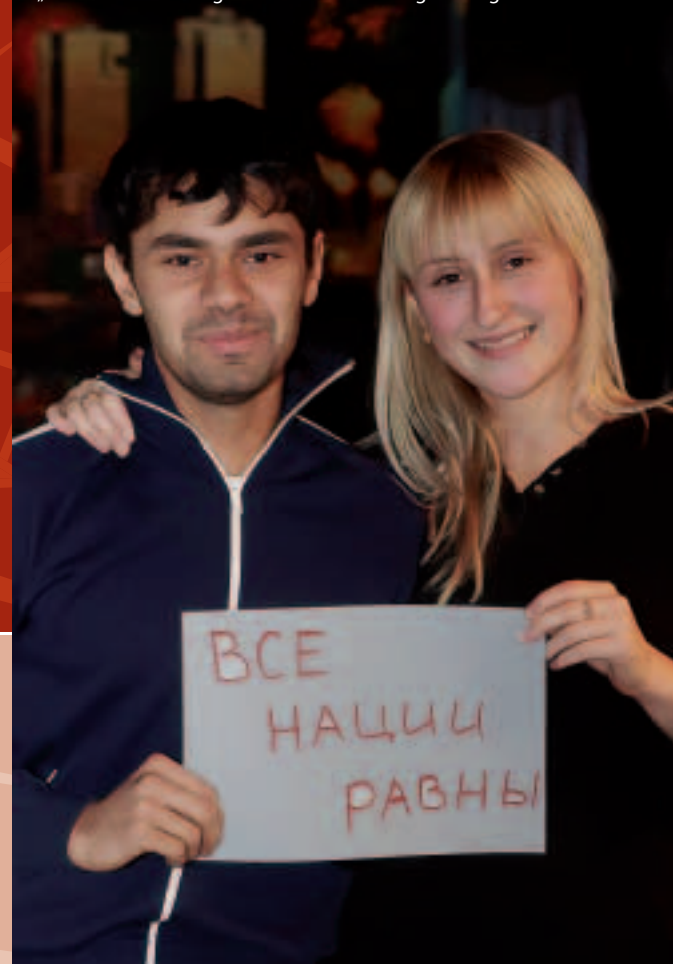
Die richtigen Schritte

Millionen Ukrainer arbeiten heutzutage im Ausland und viele andere tragen sich mit diesem Gedanken. Viele emigrieren jedoch illegal und sind dadurch Menschenhändlern und skrupellosen Arbeitgebern besonders ausgeliefert. Emigrantenberatungszentren unterstützen die Ukrainer bei ihren Entscheidungen durch Informationen und praktische und rechtliche Hilfe.

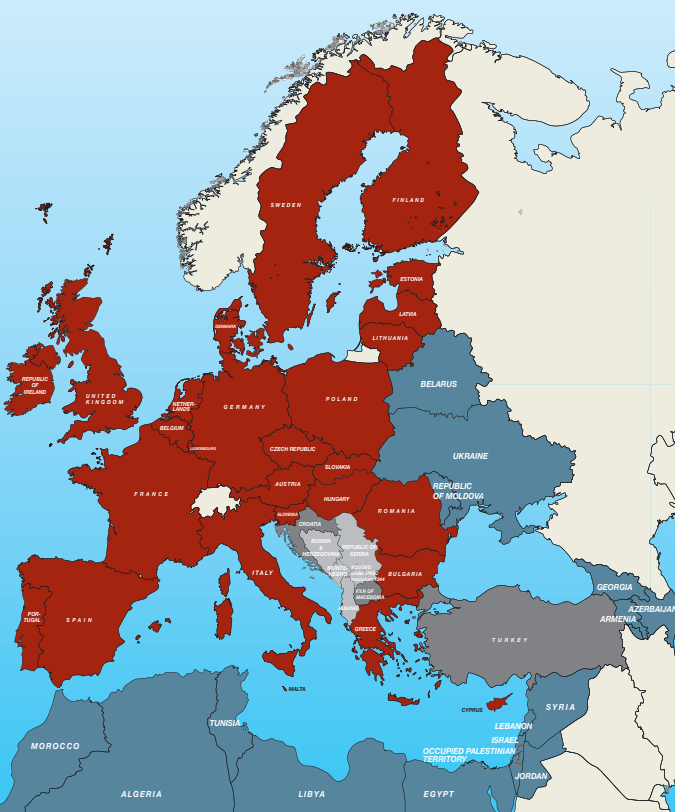
Dadurch fanden Hunderte Ukrainer legale Arbeit im Ausland und konnten unsichere Situationen vermeiden. Oleg, der viel Geld bei der Suche nach einem vorgegaukelten Arbeitsplatz verloren hatte, konnte schließlich eine angemessene legale Beschäftigung in der Tschechischen Republik finden.

Natalia arbeitete legal in Dänemark, ihr dortiger Arbeitgeber verweigerte jedoch die Lohnzahlung. Durch ein Emigrantenberatungszentrum fand sie eine kostenlose dänische Rechtsberatung für Einwanderer, die den Konflikt löste.

„Alle Nationen sind gleich“ – Messe zum Tag der Migranten



- EU-Mitgliedstaaten
- ENP-Partnerländer
- Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft
- Potenzielle Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Außenbeziehungen



Wie eine kürzlich durchgeführte Studie ergab, spricht sich die Mehrheit der Bürger der Europäischen Union für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern aus. Sie sind der Ansicht, dass engere Beziehungen zur Stärkung von Frieden und Demokratie beitragen.

Genau darum geht es in der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Sie wurde 2003/2004 mit dem Ziel entwickelt, die erweiterte EU und unsere Nachbarn einander näher zu bringen. Im Rahmen der ENP werden konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Reformen und zur Erweiterung des Wohlstands unternommen, um das Alltagsleben der Menschen in unserer Nachbarschaft zu verbessern.

Wie funktioniert sie nun? Die EU vereinbart mit jedem Nachbarland, wie über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren die Beziehungen ausgebaut und Reformen unterstützt werden können. Die gemeinsamen Verpflichtungen werden in so genannte Aktionspläne aufgenommen. Sachkenntnisse und Finanzierungsmittel (in Höhe von fast 12 Milliarden Euro von 2007 bis 2013) werden im Rahmen des „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ (ENPI) für die Förderung von Modernisierung und Reformen zur Verfügung gestellt.



Engagement für Ideale

Demokratie und Menschenrechte gehören zu den Grundwerten der Europäischen Union. Rechtsstaatlichkeit ist zudem eine unerlässliche Bedingung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung. Deshalb beruht die europäische Nachbarschaftspolitik auf der gegenseitigen Verpflichtung zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie.

Die EU unterstützt Partnerregierungen und die Zivilgesellschaft bei deren politischen Reformbemühungen. Dies kann Gesetzesreformen, Pressefreiheit, Hilfe für die Opfer politischer Unterdrückung oder auch den Kampf gegen Folter betreffen.

Der gemeinsam vereinbarte ENP-Aktionsplan gibt den Ländern die Möglichkeit, ihre jeweiligen Prioritäten zu bestimmen. Der politische Dialog zu Themen von multilateralem Interesse, wie Migration und Terrorismus, ist ebenfalls wichtiger Bestandteil der Nachbarschaftspolitik.



Überwindung eines schmerzlichen Erbes

Die so genannten „bleiernen Jahre“ zwischen 1960 und 1980 waren ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Marokkos. In dieser Zeit wurden Dissidenten systematisch verfolgt und Proteste scharf unterbunden.

Der marokkanische König Mohammed VI. versucht nun im Zuge seiner Demokratisierungsbemühungen, die in dieser schlimmen Zeit entstandenen Wunden zu heilen. Seit 2004 bemüht sich der Ausschuss für Gerechtigkeit und Aussöhnung um die Entschädigung und Versöhnung von Opfern von Missbrauch und Grausamkeiten.

Doch nicht nur Einzelpersonen haben unter den bleiernen Jahren gelitten. Bestimmte aufrührerische Regionen wurden durch eine Politik der sozial-ökonomischen Vernachlässigung benachteiligt. Dazu gehörte der Arbeiterbezirk Mohammadi in Casablanca, dem Handelszentrum Marokkos.

Wie in anderen Teilen des Landes unterstützt die EU hier eine vielschichtige Initiative zur Wiederbelebung dieses einstmals dynamischen Bezirks, aus dem viele bekannte marokkanische Schriftsteller, Musiker, Künstler und Sportler stammen.

Wiedergutmachung

„Wir unterstützen Projekte zur Wiedergutmachung des Schadens, der diesem Wohnviertel zugefügt wurde. Dazu gehören Jugend- und Frauengruppen, Wohnungsgesellschaften, Gesundheitseinrichtungen und Kulturzentren“, erklärt Fatna el-Bouih, Bürgerrechtlerin und ehemalige Dissidentin, die den Ausschuss koordiniert. „Meine Aufgabe ist dafür zu sorgen, dass sich alle Projekte gegenseitig ergänzen.“

Die Wiederbelebung des in den 1950er Jahren gegründeten Jugendzentrums ist eines der unterstützten Projekte. „In der Vergangenheit hat dieses Zentrum Generationen von Schauspielern, Dichtern, Schriftstellern und Dramatikern hervorgebracht“, erläutert stolz ein ehrenamtlicher Mitarbeiter.

Heute ist das auf die Bedürfnisse der neuen Generation zugeschnittene Zentrum wieder ein kultureller Treffpunkt für die Jugendlichen des verarmten Stadtviertels. Jungen und Mädchen können hier von Volleyball bis Ringen zahlreiche Sportarten betreiben, bei professionellen Musikern ein Instrument spielen lernen, Kulturveranstaltungen besuchen und sogar Hip-Hop oder Break-Dance lernen.



Nidal Mansor

Geburtshilfe für eine freie Presse

Die Pressefreiheit in Jordanien ist zwar bereits vorangekommen, aber aufgrund einer komplizierten Gesetzgebung, juristischer Doppeldeutigkeiten und mangelnder Rechtskenntnisse können Journalisten immer noch unbeabsichtigt mit dem Regime in Konflikt geraten.

Angesichts der wichtigen Rolle der Medien kommt es darauf an, dass Journalisten ausreichenden Rechtsschutz erhalten und ihre berufliche Tätigkeit ohne Angst vor Repressalien ausüben können. „Die Medien sind der Eckpfeiler für Reform und Demokratie“, erläutert Nidal Mansor, Vorsitzender des Zentrums für den Schutz der Freiheit von Journalisten (CDFJ). „Aus diesem Grund beschlossen wir, eine Einrichtung für den juristischen Schutz von Journalisten zu gründen.“

Engagierte Verteidiger

Mit EU-Unterstützung richtete das CDFJ 2002 eine Rechtshilfestelle für Medienberufe unter dem Namen „Melad“ (arabisch: „Geburt“) ein. „Melad ist wirklich die Geburt von etwas Neuem, ein Ergebnis des jahrelangen Kampfes der Journalisten. Es ist das erste Projekt, mit dem Journalisten in der arabischen Welt eine freie Rechtsberatung angeboten wird“, fügt Mansor hinzu.

Melad vertritt nicht nur Journalisten unentgeltlich vor Gericht (allein 2007 in mehr als 50 Fällen), sondern bietet ihnen auch kostenlose Beratung, Information und Schulungskurse über ihre Rechte an.

Die Einrichtung tritt sowohl in Jordanien als auch in anderen arabischen Ländern für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Angleichung an internationale Normen ein. Dazu gehören auch Vorschläge für Rechtsvorschriften und Änderungen bestehender Gesetze, mit denen die Pressefreiheit eingeschränkt wird. „Als wir vor kurzem einen alternativen Pressegesetzentwurf einbrachten, waren einige konservative Parlamentarier durch dieses neuartige Engagement regelrecht verblüfft“, erinnert sich Mansor.

Melad bemüht sich auch um eine größere Reichweite innerhalb der arabischen Welt. „Wir möchten aus Melad ein regionales Projekt unter Einbeziehung von Ländern wie Ägypten, Marokko und Libanon machen, wo die Situation der Pressefreiheit vergleichbar ist“, hofft Mansor.

Folter abschaffen

In der Vergangenheit stand die Menschenrechtssituation in Jordanien unter internationaler Kritik und Folter war eines der Probleme. Nach einem Bericht des UN-Sonderberichtserstatters von 2006 verstärkten die jordanische Regierung und die Zivilgesellschaft ihre Anstrengungen zur Ausmerzung dieser Praxis.

An vorderster Stelle stand bei dieser Kampagne die jordanische Nichtregierungsorganisation (NRO) Adaleh (Gerechtigkeit), die ein EU-unterstütztes Projekt zur Verfolgung von Missbrauch und zur Bekämpfung von Folter eingeleitet hat. „Folter ist in Jordanien eine sensible Angelegenheit und die Jordanier wollen sich mit der Fortsetzung einer solchen Praxis nicht abfinden“, erklärt Luna Sabbah von Adaleh. „Wir sind die erste lokale NRO, die dieses Thema aufgegriffen hat, und wir müssen deshalb behutsam vorgehen.“

Ein harter Kampf

„Dass wir den Justizminister, die Zivilgesellschaft, die Polizei und Sicherheitsdienste, Gerichtsmediziner, Beamte und andere Interessenvertreter in das Projekt einbeziehen konnten, ist bereits ein großer Fortschritt“, betont Sabbah.

Adaleh hat außerdem den ersten umfangreichen lokalen Bericht über Folterfälle überhaupt erstellt, sodass Maßnahmen ergriffen werden konnten, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern.

„Erstmals verfügt Jordanien nun auch über eine juristische Begriffsbestimmung von Folter“, erläutert Talib el-Saqqaf, ein führender Menschenrechtsanwalt, der an der Erstellung des Berichts aktiv beteiligt war.

„Die jordanischen Bürger akzeptieren Folter nicht. Auch die Medien interessieren sich für unsere Arbeit“, fügt el-Saqqaf hinzu.

Adaleh greift auf deren Unterstützung zurück. „Wir sind beim Aufbau einer breiten Koalition, um Folter zu bekämpfen und auf dieses Thema aufmerksam zu machen“, berichtet Sabbah und El Saqqaf fügt hinzu: „Wir planen außerdem ein System zur Beobachtung und Dokumentierung von Folter in Zusammenarbeit mit NRO und der Justiz.“

